

Die Bundeswehrreform ist ein einziger Etikettenschwindel. Durch Verkleinerung, Modernisierung und effizientes Management wollte Verteidigungsminister Rudolf Scharping die Einsatzfähigkeit seiner Truppe erhöhen. Tatsächlich verzichtet Scharping 2001 weder auf Menschen noch Material. Eine Modernisierung durch flexible Haushaltsführung und "Outsourcing" von Dienstleistungen an die zivile Industrie erbringt keine sichtbaren Einsparungen. Stattdessen führt die bedenkenlose Übernahme immer neuer militärischer Aufgaben und die zügellose Planung immer neuer Waffenprogramme dazu, daß die traditionelle Mängel- und Mäuschelverwaltung bei der Bundeswehr neue Blüten treibt. Die Einsatzfähigkeit der Truppe sinkt mit jedem Tag von Scharpings "Bundeswehrreform". Nutznießer dieser unkontrollierten Militarisierung sind verschiedenste Lobbyisten aus Politik und Rüstungsindustrie.

Verteidigungshaushalt 2001

Etikettenschwindel Bundeswehrreform

Innere Führung fürs Parlament

(1) Ob die Völkerrechtswidrigkeit des Kosovo-Krieges, Scharpings Mär vom Rajac-Massaker oder seine erfundene Operation Hufeisen, ob Scharpings Auschwitz-Demagogie oder seine Brüskierung von Weizsäcker-Kommission, Bundestag und Öffentlichkeit. *Siehe hierzu ami 6/00, S. 3f.*

(2) *Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2001, Einzelplan 14, Anlage zu BT-Drs. 14/4000*

(3) *siehe zuletzt: BMVg: Erläuterungen und Vergleiche zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts 2000, Bonn 9.9.1999*

(4) *siehe ami 10/99, S. 23ff.*

Tarnen und Täuschen war nicht nur Scharpings Kriegslist für das heimische Wahlvolk, Hinterzimmerdemokratie kein Ausrutscher bei seiner Reformplanung. (1) Schon formal genügt Scharpings Haushaltsentwurf 2001 (2) nicht dem üblichen Minimum an demokratischer Transparenz. Das seit Jahrzehnten übliche "Grünbuch" (3) zur Erläuterung seines 200-Seiten-Haushalts-Konvoluts erhalten die Parlamentarier dieses Jahr nicht mehr, das für Juni 2000 angekündigte Weißbuch 2000 existiert immer noch nicht, stattdessen wird über einen Maulkorberlaß im Verteidigungsministerium gemunkelt. Die Folge ist, daß nur noch die wenigen Mitglieder des Verteidigungsausschusses durch Einblick in die geheimen Erläuterungen ein wenig über die offizielle Rüstungsplanung erfahren und darüber schweigen müssen. Nichts erfährt die Öffentlichkeit mehr über die Höhe der deutschen Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien - im Jahre 2000 immerhin 59,6 Milliarden DM statt der im Verteidigungshaushalt (Einzelplan 14 des Bundeshaushaltes/EP 14) ausgewiesenen 45,3 Mrd. DM. (4)

Rüstungsausgaben steigen - Übersichtschwindet

Im Jahre 2001 soll der offizielle Verteidigungshaushalt um 3,24% auf 46,8 Milliarden DM steigen. Damit beträgt der EP 14 im Jahre 2001 9,8% des Bundeshaushaltes (2000: 9,5%), nach NATO-Kriterien ca. 13%. (5) Von den 19 Milliarden DM Einsparungen, die Finanzminister Eichel 1999 der Hardthöhe bis 2003 verordnet hatte, ist nicht mehr die Rede. Stattdessen erhält Rudolf Scharping zusätzliche zwei Milliarden DM aus dem Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung) zur Finanzierung seiner Balkan-Einsätze, von denen er allerdings - wie bereits im Jahre 2000 (6) - 906,7 Mio. DM zur Stopfung anderer Haushaltslücken einplant. (7)

"Flexible Budgetierung" (8) lautet das Zauberwort des Verteidigungshaushaltes. Was der Minister andervorgesehenen Stelle nicht ausgibt, fließt nicht - wie bei jeder anderen öffentlichen Behörde - wieder an den Kassenwart zurück, sondern Scharping darf es an anderer Stelle verwenden. Die Pionierleistungen auf diesem Gebiet der Haushaltsverschleierung stammen noch von Volker Rühle: der ließ sich alljährlich Sold für 370.000 Soldaten überweisen, obwohl er einige 10.000 Soldaten weniger beschäftigte - und kaufte von der Milliardendividende Waffen. (9) Scharping brachte dies zur Meisterschaft, indem - gemäß § 4 des jährlichen Bundeshaushaltsgesetzes - 22% (10,3 Mrd. DM) des Verteidigungsetats 2001 "flexibel" verrechnet werden darf. (10)

Geplante Zweckentfremdung der zusätzlichen zwei SFOR/KFOR-Milliarden durch das BMVg

	Regierungsentwurf 2001, 1403 Tgr. 08 SFOR/KFOR-"Bedarf"	BMVg-Planung SFOR/KFOR reale Ausgaben	zusätzliche EP 14 Aufstockung
Personalausgaben	535,0	579,6	28,1
Materialerhaltung/Betrieb	230,0	174,6	75,7
sonstiger Betrieb	370,0	183,6	174,5
Forschung, Entwicklung			33,8
Militärische Beschaffungen	760,0	144,8	554,3
Militärische Anlagen	110,0	16,8	36,4
Sonstige Investitionen			3,9
Gesamtsumme	2.005,0	1.099,3	906,7

Quelle: BMVg: Vorschläge zur Änderung des Regierungsentwurfs des Verteidigungshaushalts 2001 - Erläuterungen zur Plus-/Minusliste -, Bonn 27.9.2000, S. 6

(5) BMVg: Vorschläge zur Änderung des Regierungsentwurfs des Verteidigungshaushalts 2001 - Erläuterungen zur Plus-/Minusliste -, Bonn 27.9.2000, S. 1

(6) *ami* 10/99, S. 26.

(7) Die in der Vergangenheit zunehmende Praxis, verteidigungsrelevante Ausgaben (z.B. Kosten für alliierte Truppen in der BRD, den Abzug der Roten Armee, militärische Exporthilfen, Auslandseinsätze etc.) aus anderen Haushaltstiteln zu begleichen und so einen militärischen Nebenhaushalt zu schaffen, sollte mit dieser Milliardenzahlung beendet werden. Künftig sollen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr aus

dem EP 14 finanziert werden.

(8) Diese Übertragbarkeit einplanter Gelder auf andere Ausgabentitel begann bereits unter Volker Rühle, wurde zur Finanzierung unkalkulierbarer Auslandseinsätze erweitert und entwickelt sich unter Rudolf Scharping zu einem selbstverständlichen Haushaltsinstrument in nie gekanntem Umfang.

(9) *siehe z.B. ami* 2/95, S. 5ff. oder 11/95, S. 11f.

(10) *BT-Drs.* 14/4000, EP 14, S. 145

(11) *BMVg: Vorschläge zur Änderung des Regierungsentwurfs des Verteidigungshaushalts 2001 - Erläuterungen zur Plus-/Minusliste -, Bonn 27.9.2000, S. 5*

(12) Ihrer Zeit voraus waren offenbar Volker Rühes StaatssekretärInnen Holger-Ludwig Pfahls und Agnes Hürland-Büning, gegen die die Staatsanwaltschaft Augsburg wegen Waffenschieber-Provisionen ermittelt. *Siehe ami* 10/99, S. 35ff.

(13) beispielsweise erzielte die Bundesregierung mit dem Verkauf des gesamten NVA-Waffenarsenals nur geringe Einnahmen, Mitte der 90er Jahre erzielte die geschäftstüchtige Bundeswehr beim Restpostenverkauf von Starfighter-Ersatzteilen im Wert von 1,3 Milliarden DM einen Erlös von 2,8 Millionen DM, *siehe: Bundesrechnungshof, Bemerkungen 1999, Frankfurt 12.10.1999, S. 433ff.*, Der letzte Second-Hand-

Effizienz durch Privatinitiative

"Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, aus dem Verkauf von Grundstücken oder aus der Veräußerung von beweglichem und unbeweglichem Vermögen der Bundeswehr kommen dem Verteidigungshaushalt zu 80% zugute - im Haushaltsjahr 2001 ist diese Verstärkung des Einzelplans 14 auf bis zu 1 Mrd. DM, im Folgejahr auf bis zu 1,2 Mrd. DM begrenzt." (11) Im Klartext: Die Bundeswehr mutiert vom angestellten "Dienstleister" zum Unternehmer, zum Vermieter und Second-Hand-Waffenhändler - ein Trend, dessen Folgen bereits aus China, Burma oder Rußland bekannt sind. (12) Unseriös ist eine solche Haushaltsplanung auch deshalb, weil nicht feststeht, ob das BMVg kurzfristig die bereits eingeplante Milliarde erwirtschaften kann. (13) "Wenn nicht, bricht die Rüstungsplanung zusammen," kommentiert das Branchenblatt der deutschen Rüstungsindustrie. (14) Scharping spekuliert auf Einnahmen durch den Verkauf von Liegenschaften in Folge einer Verkleinerung der Bundeswehr. Anfang 2001 will er mit einer möglichen Streichliste den absehbaren Streit mit den Kommunen beginnen. Bereits ein Vierteljahr später sollen die aufzulösenden Standorte in einem neuen Stationierungskonzept festgeschrieben sein. (15) Die Erfahrungen seines Amtsvorgängers Stoltenberg mit Standortschießungen 1990-93 lassen allerdings nicht erwarten, daß das prestigegefährdende Tauziehen vor dem Wahljahr 2002 ein Ende hat. Mögliche Verkaufserträge würden dem BMVg erst mittelfristig zufließen. Der Widerstand der finanzschwachen Kommunen gegen Standortschließungen wird umso entschiedener sein, wenn ihnen das BMVg eine Einnahmequelle nimmt, um ihnen anschließend das Areal - im Interesse eigener Waffenkäufe - möglichst teuer zu verkaufen.

Eine weitere Luftbuchung sind die von Rudolf Scharping erwarteten 50 Mio. DM "Effizienzrendite", die sich durch Auslagerung von Dienstleistungen für die Bundeswehr an private Unternehmen ergeben sollen. (16) Bisher existieren keinerlei Belege dafür, daß die mittlerweile über 100 zivilen Kooperationspartner ihr künftiges Dienstleistungsmonopol wirklich zum millionenschweren Vorteil der Bundeswehr nutzen werden.

Ein weiterer Flopp in puncto "Effizienzrendite" ist die Straffung des teuren, zeitraubenden und mehrfach verwalteten Beschaffungswesens der Bundeswehr. (17) Auf Anregung der Weizsäcker-Kommission wollte Rudolf Scharping die bisherige Bürokratie von seiner Hauptabteilung Rüst-

Verteidigungsetats 2000 - 2001 (EP14) in 1.000 DM

Ausgabenbereich	2000		2001		Veränderung		
	Soll	EP-14 in %	Regierungs- -entwurf	BMVg- entwurf	Anteil /EP 14	2000/2001 BMVg	in %
I. Betriebsausgaben							
- Personalausgaben	23.151.108	51,07	23.715.615	24.259.987	50,75	1.108.879	4,79
- Materialerhaltg./Betrieb	4.175.527	9,21	4.313.390	4.378.934	9,16	203.407	4,87
- <u>Sonstige Betriebsausg.</u>	<u>6.791.888</u>	<u>14,98</u>	<u>6.914.205</u>	<u>7.001.343</u>	<u>14,65</u>	<u>209.455</u>	<u>3,08</u>
Summe Betriebsausg.	34.118.523	75,26	34.943.210	35.640.264	74,56	1.521.741	4,46
II. Verteidigungsinvestive Ausgaben							
- Forschung, Entwicklung	2.360.912	5,21	2.234.300	2.252.800	4,71	-108.112	-4,58
- Milit. Beschaffungen	6.913.402	15,25	7.643.952	8.840.327	14,31	-73.075	-1,06
Verstärkungsmöglichkeit gemäß Ressortvereinbarung				1.000.000			
- Milit. Anlagen	1.601.500	3,53	1.636.360	1.688.531	3,53	87.031	5,43
- <u>Sonstige Investitionen</u>	<u>388.663</u>	<u>0,86</u>	<u>394.528</u>	<u>430.428</u>	<u>0,90</u>	<u>41.765</u>	<u>10,75</u>
Summe Vert.Inv.Ausg.	11.264.477	24,85	11.909.140	12.212.086	25,55	947.609	8,41
III. Effizienzrendite							
	<u>-50.000</u>	<u>-0,11</u>	<u>-50.000</u>	<u>-50.000</u>	<u>-0,10</u>	<u>0</u>	<u>0,00</u>
Summe Ausgaben	45.333.000	100,00	46.802.350	47.802.350	100,00	2.469.350	5,45
abzüglich Verstärkungsmöglichkeit				1.000.000			
Summe (Soll) EP 14			46.802.350		1.469.350	3,24	

Quelle: BMVg: Vorschläge zur Änderung des Regierungsentwurfs des Verteidigungshaushalts 2001 - Erläuterungen zur Plus-/Minusliste -, Bonn 27.9.2000, S. 5

stung/HA Rü (Bedarfsermittler), dem Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung/BWB (Bedarfsdecker) sowie dem europäischen Koordinator OCCAR (politischer Wasserkopf) straffen, (18) ohne jemandem weh zu tun. Im Ergebnis existieren alle Einrichtungen weiter, wobei Teile der HA Rü ausgelagert werden. Dafür, daß OCCAR seinen Sitz in Bonn erhielt, zahlt das BMVg die Unterhaltskosten der europäischen Agentur von 5,8 Mio. DM alleine. (19) Zusätzlich entstand ein Rüstungsrat um den Generalinspekteur, (20) ein direkt dem Staatssekretär unterstellter "Direktor Informationstechnik" (21) sowie ein unabhängiger "Direktor Forschung und Technologie", - der Clou aber ist GEBB: die bundeseigene "Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH". "Sie dient als Steuerungs- und Koordinationsinstrument, berät die Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung bei der Auswahl und Ausgestaltung von Beschaffungs-, Betriebs-, Finanzierungs- und Zahlungsmodalitäten und entwickelt ein Gesamtkonzept für die Bedarfsdeckung und den Betrieb der Bundeswehr." - so der am 14. Juni 2000 vom Bundeskabinettt beschlossene Arbeitsauf-

Großwaffen-Deal, der Verkauf von 86 Alpha Jet-Kampfflugzeugen brachte gerade 50.000 DM pro Flieger in die Staatskasse; siehe *ami* 12/99, S. 21ff. (14) *Griephan-Briefe/Wehrdienst*, Nr. 37/00, Bonn 11.9.2000, S. 1 (15) *BMVg/GenInspBw: Neuausrichtung der Bundeswehr. Grobausplanung, Ergebnisse und Entscheidungen*, Berlin 11.10.2000, Zeitplan (16) siehe hierzu *ami* 1/00, S. 18ff. (17) Zum militärischen Beschaffungswesen siehe: *ami* 3/97, S. 22ff. (18) Zu den europäischen Rüstungskoooperationsstrukturen

siehe *ami* 10/99, S. 43ff. (19) *BT-Drs. 12/4000, EP 14, S. 138, Kap. 1422-687 03-032* (20) siehe: *BMVg/GenInspBw: Neuausrichtung der Bundeswehr. Grobausplanung, Ergebnisse und Entscheidungen*, Berlin 11.10.2000, Rüstungsrat (21) Seit 1.8.2000 bekleidet Ministerialdirigent Klaus Hahnenfeld dieses Posten. Zum Aufbau seines 1,5 Milliarden DM-Stabes siehe: *Griephan-Briefe/Wehrdienst* Nr. 32/00, Bonn, 7.8.2000, S. 1 (22) *BMVg: Die Bundeswehr - sicker ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf*, Bonn 31.5.2000, S. 24; zu GEBB: *www.gebb-mbh.de*; als GEBB-Geschäftsführer wurden die frühere Berliner Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heesing und Rolf Kraushaar, bis 1999 Vorstands-

mitglied der Ernst & Young Deutsche Allgemeine Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft rekrutiert. Zunächst etwa 30 Beschäftigte aus BMVg und Industrie sollen in der Privatfirma des Verteidigungsministeriums tätig sein. (23) *Griephan-Briefe/Wehrdienst* Nr. 34/00, Bonn 21.8.2000, S. 2 (24) *Griephan-Briefe/Wehrdienst* Nr. 34/00, Bonn 21.8.2000, S. 1 (25) *Griephan-Briefe/Wehrdienst*, Nr. 37/00, Bonn 11.9.2000, S. 1 (26) entsprechend Personalstärke modell 340.000/PSM 340, siehe: *BMVg: Kapitelbetrachtung*,

trag, (22) infolge dessen etwa die Hälfte der Ministerialbürokratie hätte entlassen werden können. Der Haken: das Bundeswirtschaftsministerium zerstörte die Hoffnung des BMVg, mit einer kleinen effizienten Agentur die Mühlen von Bürokratie und demokratischer Kontrolle zu umgehen: Als Bundesunternehmen und öffentlicher Auftraggeber "ist die Gesellschaft selbst auch gesetzlich verpflichtet, jegliche Beschaffung von Waren, Dienst- und Bauleistungen nach den Vergaberegeln vorzunehmen." (23) Die zusätzlichen Gremien kämen an der traditionellen Bürokratie nicht vorbei. "Dann fragt man sich, was das Ganze soll?" (24) Nach "Effizienzrendite" klingt es jedenfalls nicht. "Das Griephan-Fazit: Der Haushalt 2001 erlaubt nicht den geforderten Einstieg in die Modernisierung der Bundeswehr. Jedoch rettet sich Scharping über das Wahljahr 2002 - danach kommt erst die wirkliche Bundeswehr-Reform." (25)

Über- und unterbewertete Personalkosten

Bisher ging es um ungedeckte Wechsel von über einer Milliarde DM - beim Sold allerdings wird es ernst. In der Tradition von Amtsvorgänger Rühle veranschlagt Rudolf Scharping die Anzahl der Bundeswehrsoldaten ab 2001 auf 339.365. (26) Tatsächlich waren zum 7. September 2000 aber nur noch 314.813 Bundeswehrsoldaten aktiv. (27) Das rechnet sich. Denn von den Personalkosten 2001 von 24,3 Mrd. DM für 339.365 Soldaten läßt sich gut eine Milliarde abzweigen, wenn 25.000 Söldner gar nicht existieren. Ein ähnlicher Betrag addiert sich aus eingesparten Sachkosten dazu. Trotzdem ist es dem Verteidigungsminister nun möglich, die Qualifizierungs-, Beförderungs- und Attraktivitätssteigerungsmaßnahmen zu finanzieren, die das Bundeskabinettt am 14.6.2000 als Teil der Bundeswehrreform beschlossen hat. (28) "Diese Maßnahmen erfordern teilweise eine Änderung laufbahn- und besoldungsrechtlicher Vorschriften, die zurzeit erarbeitet werden. Aufgrund des gesetzlichen Handlungsbedarfes läßt sich derzeit nicht absehen, ob und in welchem Umfang diese Maßnahmen noch in die Beratungen zum Haushalt 2001 einfließen können." (29) - Wieder mehrere Millionen für die Portokasse gespart.

Von einer Verringerung der Truppenstärke im Rahmen der "Bundeswehrreform" ist 2001 nichts zu spüren. "Veranschlagt sind - 190.000 Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit - dies entspricht in etwa der Ist-Besetzung des letzten Haushaltsjahres, liegt allerdings um über 2.500 Stellen unter der

ursprünglichen Planung für das nächste Jahr,
- 118.000 Grundwehrdienstleistende/freiwillig zusätzlichen Wehrdienstleistende sowie
- 1.800 Wehrübungsplätze.“ (30)

Ganze 39 Planstellen für Zeit- und Berufssoldaten entfallen 2001 in Folge früherer kw-Vermerke [kann wegfallen]. (31) Ähnlich ist Scharpings "Konzept" für die Reduzierung der 130.000 Zivilbeschäftigten der Bundeswehr auf 80-90.000: "Der Zeitpunkt wird durch laufende und Altersfluktuation bestimmt." (32) Entsprechend sollen 2001 ganze 384 Zivilbeschäftigte ausscheiden. Ohne Auswirkungen auf den Stellenplan ist auch der im Jahre 2000 neu eingeführte Haushaltstitel "Überführung und Bestattung verstorbener Soldaten". Auch 2001 sind für diesen Zweck 2,2 Mio. DM eingeplant. (33)

Trotz überdimensionierter Personalkosten kann der Verteidigungsminister seine 310.000 Soldaten von diesem Geld nicht finanzieren. Denn die Kostenplanung basiert auf der durchschnittlichen Soldhöhe von 1998:

Durchschnittliche Personalkostenverteilung 2001 auf Berechnungsbasis von 1998

	Anzahl	durchschnittlicher Sold in DM	Summe in Mrd. DM
Berufs- und Zeitsoldaten	190.000	64.528	12,3
Grundwehrdienstleistende	93.700	30.714	2,9
Freiwillig Längerdienende	24.700	47.657	1,2
Wehrübende	1.800	45.625	0,8
Zivilbeschäftigte	125.000	68.000	8,5
Summe	435.200		25,9

Berechnungsgrundlage: BMVg-Sold-Angaben nach: Hans-Dieter Lemke/Stiftung Wissenschaft und Politik: Bundeswehr 2015. Grundzüge und Kosten aufgabengerechter Streitkräftestrukturen, SWP-AP 3126, Ebenhausen April 2000, S. 40, Personalstärkezahlen nach: BMVg: Neuausrichtung der Bundeswehr. Grobausplanung, Ergebnisse und Entscheidungen, Berlin 11.10.00, Personal Streitkräfte, Zivilpersonal

Etwa 2 Milliarden DM Personalmittel fehlen bereits nach diesen veralteten Berechnungsgrundlagen im Haushaltsansatz 2001 für die 435.200 Beschäftigten des Verteidigungsministeriums. Nähmemandie 340.000 Soldaten des PSM 340 als Berechnungsgrundlage - wie sie das Verteidigungsministerium dem Haushaltsausschuß verkaufen möchte - fehlt eine weitere Milliarde. Doch damit nicht ge-

Kapitel 1403, Kommandobehörden, Truppen usw., Bonn 18.9.2000, S. 2; im gleichen Papier aktualisiert das BMVg seine Personalplanung 2001 beiläufig auf 310.500 Soldaten, ohne deshalb weniger Personalmittel zu fordern, s.o., S. 4 (27) BMVg/GenInspBw: Neuausrichtung der Bundeswehr. Grobausplanung, Ergebnisse und Entscheidungen, Berlin 11.10.2000, Personalstruktur Streitkräfte (28) BMVg: Die Bundeswehr - sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf, Bonn 31.5.2000, S.15-22; damit ist bereits ein

Sechstel von Scharpings 42-seitigem Reformkonzept hinfällig. (29) BMVg: Kapitelbetrachtung, Kapitel 1403, Kommandobehörden, Truppen usw., Bonn 18.9.2000, S. 4 (30) BMVg: Vorschläge zur Än-

derung des Regierungsentwurfs des Verteidigungshaushalts 2001 - Erläuterungen zur Plus-/Minusliste -, Bonn 27.9.2000, 3 (31) BMVg: Kapitelbetrachtung, Kapitel 1403, Kommandobehörden, Truppen usw., Bonn 18.9.2000, S. 3 (32) BMVg: Die Bundeswehr - sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf, Bonn 31.5.2000, 27 (33) BT-Drs. 14/4000 (EP 14), 1403 (Tgr.7) 532 71-032, S. 37 (34) Alleine Rudolf Scharping gönnt sich und zweien seiner (vier) Staatssekretäre 2001 eine kleine Gehaltserhöhung um 55.000 DM von zusammen 750.000 DM 2000 [ohne Zulagen und Vergünstigungen] auf 805.000 DM, BT-Drs. 14/4000 (EP 14), 1401 421 01-011 (35) vgl. hierzu die Berechnungsmodelle von Generalleutnant a.D. Jürgen Schnell, Wirtschaftsprofessor an der Bundes-

Umfang der Bundeswehrangehörigen im Auslandseinsatz (Juni 2000)

	KFOR (Kosovo)	SFOR (Bosnien)	UNOMIG (Georgien)	Gesamt
Heer	4.907	2.173	8	7.088
Luftwaffe	454	216	2	672
Marine	132	31	0	163
Gesamt	5.493	2.420	10	7.923
davon				
Frauen	53	21	0	74
GWDL in besonderen Auslandsverwendungen	232	100	0	332
GWDL	17	3	0	20
FWDL	1.210	356	0	1.566
Zivilbedienstete	5	23	0	28

Quelle: BMVg

nug: der aktuelle Wehrsold entspricht nicht mehr dem Berechnungszeitraum 1998. (34) Bei einer moderaten Soldsteigerung von 5% gegenüber 1998 dürften die tatsächlichen Personalkosten des BMVg 2001 bei etwa 27,2 Milliarden DM liegen - also um etwa 3 Milliarden DM über dem Ansatz des BMVg. Anders gesagt: bei einem Verzicht auf die 93.700 Grundwehrdienstleistenden und einer Umwandlung der Freiwillig Längerdienenden in reguläre Zeitsoldaten (Abschaffung der Wehrpflicht) könnte das BMVg die von der Bundesregierung beschlossene Personalkostensumme von 23,7 Mrd. DM einhalten. (35)

Anderenfalls muß Scharping einen Großteil seiner "Flexibilisierten Ausgaben", die er mit 10,3 Mrd. DM für Waffenkäufe in eine eindeutigen Verwendungszuordnung zogen hat, (36) für seine überdimensionierte Truppenstärke ausgeben. Das Beharren auf der Wehrpflicht und die Verweigerung substanzieller Truppenreduzierungen hat zur Folge, daß die Investiven Ausgaben für Waffenkäufe nicht wie vom BMVg behauptet, 2001 auf 25,55% des Verteidigungshaushaltes steigen, sondern um etwa 3 Milliarden auf ca 21% (knapp 10 Milliarden DM) sinken.

Kein Geld für Auslandseinsätze

Statt der in Scharpings "Reformkonzept" geplanten Verdreifachung der auslandstauglichen Krisenreaktionskräfte/KRK auf 150.000 "Einsatzkräfte" zu erreichen, sinkt die Einsatzfähigkeit der vorhandenen 63.000 KRK um 5-15% (37) Im Er-

gebensind von 310.000 Soldaten nicht wie geplant 50.000 Soldaten zum ständigen Auslandseinsatz fähig, sondern nur etwa 10.000. Weitere Bundeswehreinsätze sind 2001 unmöglich, weil die dafür eigens eingeplanten 2 Mrd. DM bereits verausgabt sind.

Die Kosten für die Auslandseinsätze der Bundeswehr seien durch das Kriegsjahr 1999 in Jugoslawien illustriert:

Kosten der Balkan-Einsätze der Bundeswehr 1999 in Mio. DM

Mission	Soldaten-zahl	Personal-kosten	Betrieb-/zusatz-Verhaltung/Erhalt	Beschaf-fungs-kosten	Infrastruk-turmaß-nahmen	Gesamt-kosten	davon 1999
SFOR	4.000	Kostenplanung	158,3	139,7	39,6	9,1	346,7
1998		Ausgaben	160,7	145,8	28,3	5,1	339,9
SFOR	3.000	Kostenplanung	164,5	99,0	38,5	1,0	303,0
1999		Ausgaben	82,5	20,9	9,2	0,9	113,5
NKAVM	350	Kostenplanung	17,8	42,4	3,0	0,8	64,0
		Ausgaben	6,0	0,6	1,2	-	7,8
SEF	250	Kostenplanung	12,2	6,3	0,9	0,6	20,0
		Ausgaben	3,9	1,2	0,02	-	5,1
LAR/PAQ	4.500	Kostenplanung	17,2	32,6	242,2	1,0	293,0
		Ausgaben	5,0	3,2	0,09	0,01	8,4
KFOR	8.500	Kostenplanung	257,0	256,5	90,5	16,0	620,0
		Ausgaben	60,3	33,0	12,8	1,5	107,4
Hum.Hilfe	1.000	Kostenplanung	48,2	179,5	93,8	8,5	330,0
		Ausgaben	1,5	30,3	0,3	0,1	32,2
KVM-OSZE	80	Kostenplanung	2,9	1,1	0,05	0,2	4,2
		Ausgaben	1,0	0,2	-	0,03	1,8

Erläuterungen: SFOR = Stabilisation Force/Bosnien-Herzegowina, NKAVM = NATO Kosovo Air Verification Force/Mazedonien, SEF = Standing Extraction Force/Mazedonien, LAR/PAQ = Limited Air Response/Phased Air Operations (Kosovokrieg)/Italien, KFOR = Kosovo Force, Hum.Hilfe = Humanitäre Hilfe/Albanien/Mazedonien, KVM-OSZE = Kosovo Verification Mission/Kosovo.

Quelle: ParlStS.BMVG Walter Kolbow: Kosten und Ausgaben des Bundeswehreinsatzes im ehemaligen Jugoslawien (Monatsbericht 6/99), 1480002-V64, Berlin 28.9.1999

Abgesehen von der Tatsache, daß die angegebenen Haushaltkosten durchweg zu niedrig bemessen sind und deshalb noch spätere Haushalte belasten, (38) fällt bereits an der obigen Auflistung auf, daß fällige Ausgaben vielfach in Teilen in das Folgejahr verschoben werden, wodurch bei mehrjährigen Missionen die Beträge kumulieren und Planungsspielräume verringert werden. Um ein umfassenderes Bild über die Kostenbilanz von Auslandseinsätzen zu vermitteln, soll im Folgenden ein Blick auf die Personalkosten unter Berücksichtigung des regulären Solds und zusätzlicher Aus-

wehr-Universität München unter <http://www.unibw-muenchen.de/campus/WOW/v1054/miloeck1.html>, besonders die Teilstudie G

(36) BT-Drs. 14/4000 (EP 14), S. 145

(37) Jürgen Schnell, <http://www.unibw-muenchen.de/campus/WOW/v1054/miloeck1.html>, Vergleichsstudie K

(38) siehe ami 7/99, S.96ff., sowie Stefan Gose: Der Preis des Krieges, in: Ulrich Albrecht/Paul Schäfer (Hg.): Der Kosovo-

Durchschnittliche Besoldung mit Zulagen von Bundeswehrosoldaten auf dem Balkan

Dienstgrad	Alter	Grundsold Inland incl. Verheiratete	Urlaubs-/ Weihn.- Geld	Zulagen- beispiele	Auslands-einsatz-zuschläge	Reise-kosten	durch-schnittl. Steuer	Unfall-Ruhe-geld	Unfall-entschä-digung	Urlaub	bezahlte Heim-fahrten	Betreug-am Ein-satzort
Hauptfeld-webel	32	4.000,-	U: 650,- W: 90%/S	Fallschirm 225,- LFzBes. 956,-	SFOR: 300,- 3.900,-	25% von über-nächster Soldstufe	25% B.S. 80%	150.000,- einmaltig bei 80% Erwerb-sunfähig-keit	2 Wochen nach 6 Monaten Einsatz	1 nach 3 Monaten oder 1 Besuch	Telefon, Farb-TV, Radio, Bücherei, Zeitungen	
Hauptmann	29	5.000,-	U: 500,- W: 90%/S	Außend. 1.500,- Trspfl. 1.200,-	KFOR: 5.400,-	SaZ/WP: Renten-recht	von über-nächster Soldstufe	150.000,- einmaltig bei 80% Erwerb-sunfähig-keit	2 Wochen nach 6 Monaten Einsatz	1 nach 3 Monaten oder 1 Besuch	Telefon, Farb-TV, Radio, Bücherei, Zeitungen	
Oberstleut-nant	41	7.350,-	U: 500,- W: 90%/S	Str.FzF 1.500,-	Stufen: 50, 80, 105, 130, 155, 180 DM/Tag	von über-nächster Soldstufe	25% B.S. 80%	150.000,- einmaltig bei 80% Erwerb-sunfähig-keit	2 Wochen nach 6 Monaten Einsatz	1 nach 3 Monaten oder 1 Besuch	Telefon, Farb-TV, Radio, Bücherei, Zeitungen	

Quelle: ParlStS.BMVG Walter Kolbow: Finanzielle Leistungen für Soldaten im Auslandseinsatz, 1480002-V103, Berlin 22.12.1999

Verteidigungsinvestive Ausgaben

12,2 Milliarden DM stehen laut BMVG-Planung der Bundeswehr im nächsten Jahr für Wehrforschung, Waffenkäufe und militärische Anlagen zur Verfügung. Ob es bei diesem Anteil von 25,55% des EP 14 bleibt, muß durch die notwendige "Flexibilisierung" beider Personalausgaben be zweifelt werden.

Die Scharpingsche Reform des Beschaffungswesens besteht nun - neben der erwähnten Vervielfachung der Gremien und seinem zweifelhaften "Outsourcing"-Versuch - darin, daß er auf kein Rüstungsprojekt seines Vorgängers verzichtet. Stattdessen beginnt das BMVG zusätzliche

landsverwendungszuschläge geworfen werden. (39) Das Ergebnis ist aus personalpolitischer Sicht beeindruckend: Hinter jedem der etwa 10.000 auslandstauglichen Bundeswehrosoldaten stehen bei einer Truppenstärke von 310.000 Soldaten 30 weitere Soldaten. Ein Hauptmann im Kosovokostet also nicht etwa 12.000,- DM pro Monat, sondern anteilig müssen die Personalkosten all jener Soldaten hinzugerechnet werden, die seinen Einsatz erst ermöglichen. Die "humanitäre" Kosten-Nutzen-Effizienz der Bundeswehr entspricht der eines Elefanten beim Telefonieren. (40) Hinzu kommen die immensen Materialkosten, ohne die ein Bundeswehreinsatz nicht denkbar ist. Zugleich verhindern die hohen Personalkosten die Ausstattung mit modernem Gerät. Die prestigebedingte Beschaffungsplanung von unnötigem Großgerät führt dazu, daß die Kosten der Bundeswehr kontinuierlich steigen, ihre Einsatzfähigkeit zur unwahrscheinlichen "Landesverteidigung" oder bei fragwürdigen Auslandseinsätzen aber laufend sinkt. Damit verschlingt die 47-Milliarden-Truppescheibchenweise ihre Legitimation.

Großprojekte, deren Finanzierung völlig gesichert ist. Auch hier ist die im Juni vom Bundeskabinett beschlossene "Bundeswehrreform" schon nach vier Monaten ihr Papier nicht mehr wert. An drei Rüstungsprojekten soll diese systematische Geldverschwendung erläutert werden:

NH-90: Der NATO-Hubschrauber 90 wird von Eurocopter seit 1981 entwickelt. Nach preissteigerungsbedingten Reduzierungen des Wunschzettels wollen Deutschland, Frankreich und die Niederlande nun 595 dieser mittelschweren Transporthubschrauber (8-Tonnen) kaufen, davon 366 in einem 1. Los. Die glamouröse Unterzeichnung der Verträge auf der ILA 2000 (41) scheiterte jedoch am Bundesrechnungshof. Dem Mißfiel die großzügig einkalkulierten Preissteigerungsraten, außerdem schien den Kassenprüfern der Bedarf von zunächst 243, später 219, mittlerweile selbst 181 NH-90 als etwas übertrieben. Da das BMVg die Notwendigkeit des NH-90 mit dem Ersatz der 210 alten Bell UH 1D Iroquois begründet, zückten die Rechnungsprüfer den Taschenrechner: Der 30 Jahre alte leichte Transporthubschrauber UH 1D hat eine Nutzlast von 0,8t, eine Geschwindigkeit von 160 km/h bei einer Reichweite von 400 km. Der NH-90 kann jeweils 2 Tonnen mit 280 km/h 700 Kilometer weit befördern. Damit liegt die Transportleistung von 181 NH-90 siebenfach über dem Wert von 210 UH 1D, ohne daß das BMVg diese Bedarfssteigerung begründet hätte.

Fragwürdig ist auch die Marineversion MH-90, von der das BMVg ab 2007 in einem 2. Los 38 Hubschrauber bestellen möchte. Sie sollen 18 Bordhubschrauber SeaLynx MK 41 und 21 Marinehubschrauber SeaKing MK 88 ersetzen. Die letzten sieben SeaLynx wurden 2000 an die Bundesmarine ausgeliefert und sind bei ihrer geplanten Ausmusterung noch fast neuwertig (Betriebsdauer: 35 Jahre). Weitere 17 SeaLynx werden gerade auf einen fast neuwertigen Stand nachgerüstet (Gesamtkosten: 760 Mio. DM). Aus Sicht der Rechnungsprüfer bräuchten maximal 14 SeaKing durch MH-90 ersetzt werden - doch dafür lohnt deren noch nicht abgeschlossene Entwicklung nicht.

Fragwürdig erscheint den Rechnungsprüfern zudem die Bestellung von 23 C-SAR (Combat Search and Rescue)-NH-90 im 1. Los, denn die Entwicklung dieses Modells wurde noch gar nicht begonnen. Zudem werden gerade 20 CH-53 Stallion-Transporthubschrauber des Heeres für 200 Mio. DM für C-SAR umgerüstet, so daß auf die C-SAR-NH-90 weitgehend verzichtet werden kann.

Krieg, Köln 1999, S. 158ff.
(39) Nebenbei bemerkte der Bundesrechnungshof zu den "Besoldungsregelungen im Zusammenhang mit dem Einsatz der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien": "Im Übrigen umgeht das Bundesministerium der Verteidigung bei diesem Einsatz auch Besoldungserlasse des Bundesministeriums des Inneren. Obwohl seit Beginn des Jugoslawieneinsatzes feststand, daß die einzelnen Soldaten und Beamten dort weniger als zwölf Monate stationiert und sie anschließend an die alten Standorte zurückkehren würden, versetzt das Bundesministerium Soldaten und Beamte aus den neuen Bundesländern zunächst in die alten Bundesländer und zahlt deshalb die vollen Westgehälter. Das Bundesministerium unterläuft damit die allgemein geltenden Besoldungsvorschriften, die bei einer nur vorübergehenden Verwendung im Westen oder im Ausland nur Dienstbezüge in Höhe von 85 v.H. vorsehen. Mit der Zahlung von Westgehältern auf Dauer (auch) nach Rückkehr in die neuen Bundesländer werden für die gleichen Tätigkeiten dem gleichen Empfängerkreis auf Dauer unterschiedliche Dienstbezüge gewährt." Bundesrechnungshof, Ergebnisbericht BRH 1999, Bemerkung 1997 Nr. 70, Frankfurt 12.10.1999, S. 113.
(40) Beispielsweise kosten die knapp 30.000 internationalen SFOR-Soldaten in Bosnien-Her-

zegowina seit 1995 jährlich ca. 15 Milliarden DM. Ihre "Befriedigungsfunktion" erschöpft sich weitgehend darin, einen teuren Puffer zwischen den Kontrahenten zu bilden. Übereinstimmend erklären Soldaten und Nicht-Regierungs-Organisationen/NGOs, bei einem SFOR-Abzug ginge erneut ein Hauen und Stechen los.
(41) *ami 6/00, S. 21ff.*
(42) *Griephan-Briefe/Wehrdienst Nr. 25/00, Bonn 19.6.2000, S. 2f.*

Fragwürdig ist schließlich die neue Kampf-, Aufklärungs-, Leit- und Begleitfunktion des NH-90. Das BMVg plant eine enge Kooperation des NH-90 mit dem neuen Angriffshubschrauber Tiger, doch die Leistungsdaten der "Wunderwaffe" Tiger sind durchweg schlechter als die des NH-90. "Der Begleitschutz (durch den Tiger) geht immer dann verloren, wenn:
- der NH 90 seine volle Reisegeschwindigkeit fliegt,
- ein Einsatzradius von 150 km überschritten wird,
- der Verband schnell Höhe gewinnen muß,
- der Einsatz in größeren Höhen und bei hohen Lufttemperaturen erfolgt,
- die Wetterbedingungen Vereisungsgefahr erwarten lassen,
- der taktische Einsatz zusätzliche Panzerung verlangt." (42)
Wollte das BMVg also seine bisherigen Hubschrauberfähigkeiten durch modernes Gerät ersetzen, würden etwa 50 NH-90 für alle Teilstreitkräfte zusammen genügen. Doch je kleiner die Bestellung, umso höher der Stückpreis auch für die französischen und niederländischen Vertragspartner, die ihrerseits ihren Bedarf kürzen würden. Die geplante Beschaffung von mindestens 172 NH/MH-90 für die Bundeswehr bedeutet nicht nur eine sinnlose Vervierfachung ihrer Hubschrauberkapazitäten bei sinkender Truppenstärke. Sie ist vor allem eine unnötige Subventionierung des Branchenprimus Eurocopter, dem auf diesem Wege ein Referenzprodukt mit guten Exportchancen aus Steuergeldern entwickelt wird.

Transporthubschrauber NH/MH-90, Beschaffungsplanung der Bundeswehr in Mio. DM

Serien-	Dt. Gesamt					Stückzahl NH/MH-90					
	kosten	2001	2002	2003	2004ff.	Heer	Luftwaffe	Marine			
vorbereitung	467	40	100	100	227						
Serie 1. Los	6.538	60	50	150	6.278	80 LTH	31 LTH/SAR				
							23 CSAR				
Serie 2. Los 2007	?	?	?	?	?	47 LTH	38 MH-90				
Entwicklungskosten	160					160					
Summe	7.165	100	150	250	6.665						
Zulauf	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
LTH 1. Los	3	6	9	9	11	12	10	10	10	-	
CSAR 1. Los	-	-	-	6	6	6	5	-	-	-	
LTH/SAR 1. Los	-	2	4	1	-	-	5	7	6	6	

Quelle: Griephan-Briefe/Wehrdienst, Nr. 22/00, 29.5.00, S. 2ff.

Future Transport Aircraft/FTA, A-400M: 84 altersschwache Mittelstreckentransporter C-160 Transall (Baujahr ab 1968) möchte das BMVg durch 73 moderne Future Transport Aircraft für etwa 12 Milliarden DM ersetzen.

(43) Nach mehrjährigen Vergleichsstudien zwischen den Konkurrenzmodellen Lockheed C-130J Hercules, Boeing C-17 Globemaster III, Antonov An-70 und Airbus A-400M kam eine Studie der Hardthöhe zu dem Ergebnis: *“Die deutsche Bewertung habe festgestellt, daß An-7X im technisch/operativen und wirtschaftlichen Bereich der A400M überlegen sei.”*

(44) Trotz dementschieden sich Rudolf Scharping aus industriepolitischen Gründen im Juni 2000 für die Beschaffung des Airbus A-400M. Die Maschine existiert bisher nur als Computerskizze, ist leistungsschwächer und teurer als die Konkurrenz (45) - aber sie kommt von DASA/Airbus. Im Haushalt 2001 ist dafür der schöne Titel 1419-55406-032 eingeplant, Ausstattung in DM: “-”, in Worten: null. Erhellend ist die Erläuterung des BMVg dazu: *“Das Vorhaben kann aus Plafondgründen nur durch eine Verstärkung dieses Titels außerhalb des Einzelplan 14 finanziert werden.”* (46) Mit anderen Worten: der Verteidigungsminister hält seine Zusagen an Industrie und Verbündete formal ein und versucht über Druck auf andere Ressorts (europäische Glaubwürdigkeit), erneut ein militärisches Milliardenprojekt aus fremden Etats finanzieren zu lassen. Damit dürfte die Transall der Truppe noch unbefristet erhalten bleiben.

U-212/A: Ein Paradebeispiel skandalöser Beschaffungspolitik und deren Verquickung mit industriellen Interessen ist das U-Boot 212. 1987 beauftragte das BMVg das Ingenieurkontor Prof. Gäbler Nachfl. GmbH, Lübeck/IKL, eine Tochtergesellschaft der damals noch bundeseigenen HDW (Salzgitter-Konzern), mit der Entwicklung eines Nachfolgemodells für die 12 U-206/A der Bundesmarine. Bis 1994 investierte das BMVg ca. 260 Mio. DM in die U-212 Entwicklung. (47) Doch diese Steuermillionen nutzten zunächst nicht der Bundeswehr.

1991 bestellte die Bundesregierung 2 U-212-Vorläufermodelle Typ 800/Dolphin (48) für die israelische Marine. Als kleine Wiedergutmachung für die israelischen Lasten des 2. Golfkrieges bezahlte die Bundesregierung diese U-Boote für 880 Mio. DM und subventionierte 1994 auch noch ein drittes Dolphin-U-Boot mit 220 Mio. DM. (49) 1999 und 2000 wurden diese modernsten Kriegswaffen exportgesetzwidrig an den Krisen-/Kriegsstaat Israel verschenkt. (50)

(43) Daß Verteidigungsminister Scharping in seinem Reformkonzept fälschlich von 75 FTA spricht, resultiert daraus, daß er sich vom FTA-Produzenten DASA statt der IABG-Studie seines eigenen Hauses beraten ließ. *Griephan-Briefe/Wehrdienst Nr. 40/00, Bonn 2.10.2000, S. 2*

(44) *Griephan-Briefe/Wehrdienst Nr. 16/00, Bonn 17.4.2000, S. 1*

(45) *ami 5/00, S. 12ff.*

(46) *BMVg: Kapitelbetrachtung, Kapitel 1419 - Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät, Bonn 11.9.2000, S. 7*

(47) *ami 1/95, S. 5f.*

(48) *Technische Daten siehe: www.naval-technology.com/projects/dolphin/index.html*

(49) *BT-PlPr. 13/27, Bonn 16.3.1995, S. 1928*

(50) *ami 7/00, S. 32ff.*

(51) *Technische Daten siehe: www.naval-technology.com/projects/type_212/index.html*

(52) Beobachter der maritimen Unterwelt erinnern sich sicher, daß die damals noch bundeseigene IKL 1983 illegal (Waffenembargo) U-209-Blaupausen an den Apartheitsstaat Südafrika lieferte, was zum historischen “Blackout” von Altkanzler Kohl im späteren Untersuchungsausschuß führte.

(53) *siehe ausführlich: Bundesrechnungshof: Pressemitteilung Bemerkungen 1999, Frankfurt 12.10.1999, Ziffer 70.0, S. 442ff.*

(54) Von Interesse dürfte auch der Lizenzvertrag von 2000 mit Griechenland zum Bau von 3 U-214 (U-212-Exportvariante) bei Hellenic Shipyards in Skaramanga sein. Eine Liste sämtlicher U-Boot-Exporte von HDW findet sich unter: www.hdw.de/bau/ref_unter.html

(55) *BMVg (GenInsp Bagger): Bestandsaufnahme. Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21.*

Jahrhundert, Bonn 3.5.1999, S. 144, ebenso BMVg (Scharping/Kujat): Die Bundeswehr - sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf, Bonn 31.5.2000, S. 24

(56) *BMVg: Kapitelbetrachtung, Kapitel 1418, Schiffe und Marinergät, Bonn 18.9.2000, S. 2, ebenso: BMVg/GenInspBw: Neuausrichtung der Bundeswehr. Grobausplanung, Ergebnisse und Entscheidungen, Berlin 11.10.2000, Ausrüstungsschwerpunkte*

(57) *siehe ami 1/95, S. 5f.*

Erst 1994 bestellte das BMVg vier U-212 für bemerkenswerte 2,6 Milliarden DM, - Auslieferung 2003-2007. Leicht modifiziert (51) kostete das mit Bundesmitteln entwickelte U-Boot für die eigene Truppe den doppelten Preis. Doch die Bundesmarine sollte auch nicht der 2. Kunde der eigenen Entwicklung sein:

1998 verkaufte IKL/HDW die U-212-Blaupausen/Baupläne, die deutsche Steuergelder von mindestens 260 Mio. DM verschlungen hatten, für 63,3 Mio. DM an die italienische Werft Fincantieri Navali Italiani SpA. (52) Fincantieri baut nun in Lizenz 2002 und 2005 zwei modifizierte U-212A, die Tauchtiefe wurde von 350 auf 400m erweitert. Das gefiel den Admirälen der Bundesmarine, die nun auch tiefer tauchen wollten (Nord- und Ostsee sind nur bis zu 200m tief). HDW und Fincantieri verständigten sich in ihrem Sinne: Statt die vereinbarten 63,3 Mio. an das deutsche Finanzministerium abzuführen, wurden sie gar nicht erst ausgezahlt, sondern mit dem italienischen “know how” für stärkere Bordwände (größere Tauchtiefe) der deutschen U-212 “verrechnet”.

Das aber gefiel dem Bundesrechnungshof nicht. Denn neben Steuerhinterziehung und überhöhten “Verrechnungspreisen” hatten sich damit Industrie und BMVg eine Aufrüstung selbst genehmigt, die nie vom Parlament erörtert oder im Bundeshaushalt bewilligt wurde. (53) Reumütig gelobte das BMVg Besserung, der erweiterte Einsatzradius der U-212 bleibt jedoch bestehen. (54)

Schon findet sich eine neue Merkwürdigkeit in den BMVg-Papieren: Bewilligt wurden bisher 4 U-212 vom Bundestag mit der Option eines 2. Loses ab 2007. Das sieht das BMVg allerdings anders: *“Beginnend ab 2003 werden für die Unterwasserkriegsführung acht U-Boote der Klasse U-212 beschafft.”* (55) Bei einem Stückpreis von über 750 Mio. DM ist dringend klärungsbedürftig, ob sich das BMVg selbst eine Verdoppelung seiner neuen U-Boot-Flotte genehmigt hat - müßig zu erwähnen, daß die aktuellen Planungspapiere alle vom modifizierten U-212A sprechen, (56) das der Bundestag nie bewilligt hat. Berücksichtigt man nun noch die grundsätzliche Unsinnigkeit des Projektes U-212 für die Bundesmarine, (57) so zeigt es beispielhaft, wie das BMVg mit großzügigen Steuergeschenken Waffenentwickeln läßt, die billig exportiert werden, um eine für die deutsche Sicherheitspolitik überflüssige Waffenindustrie zu erhalten.

Fazit

Nach zwei Jahren Amtszeit bestätigt sich die Befürchtung, daß Rudolf Scharping die Bundeswehr reformieren wollte. Keines seiner erklärten Ziele erreicht der Verteidigungsminister. Weil er nicht in diesem Haushalt mit der Reform gewinnt, kann sie Scharping in den Folgenden nicht mehr gelingen. Trotz Haushaltstricks werden die Personalkosten der Bundeswehr nicht sinken. Entsprechend kann Scharping die investiven Ausgaben nicht erhöhen. Privatisierung und "Effizienzsteigerungen" bringen nicht die vorgesehenen Einsparungen. Stattdessen verteilt Scharping Geschenke an die Rüstungsindustrie. Die unbezahlbaren Verbindlichkeiten steigen, die Einsatzfähigkeit der Truppe sinkt.

Scharpings Taktik, auf Kosten von Bevölkerung und Soldaten jedem Funktionären entgegenzukommen, unangenehme Wahrheiten zu verschweigen, um die Wahlperiode auszusitzen, erweist sich als Bumerang.

Die Wehrpflicht steht juristisch auf tönernen Füßen, 1999 demonstrierten erstmals Soldaten gegen ihren Minister, bei Eurofighter, Transportflugzeug, Tiger und NH-90 stehen Investitionsruinen ins Haus, im Frühjahr 2001 beginnt der Standortärgern mit den Kommunen, für europäische Militärstrukturen ist kein Pfennig zurückgelegt, kaum mehr als 10.000 Soldaten sind einsatztauglich, trotzdem verspricht der Verteidigungsminister NATO, EU und UNO stets neue Truppenkontingente.

Die Bundeswehr ist ein Fall für den Konkursverwalter, ein marodes Kombinat ohne sinnvolle Aufgabe, dessen Leistungen den Aufwand nicht rechtfertigen. Ein Rücktritt Scharpings wäre - auch im Interesse der Soldaten - angemessen. Die nächste offizielle "Wehrstrukturkommission" wird notgedrungen radikalere Schritte verlangen. Wir sollten ihre klare Orientierung geben ■sg